

Nein zur Personenfreizügigkeit mit den Oststaaten

Im September steht die Abstimmung über die Personenfreizügigkeit mit den Oststaaten zur Debatte. Die Argumente der Gegner und der gehässige Abstimmungskampf zur Personenfreizügigkeit erinnern an die EWR-Abstimmung von 1992. Damals wurden auch Professoren, Konjunkturforschungsstellen und staatliche Stellen mobilisiert, um dem Schweizer Volk weiszumachen, dass ein EWR-Nein sein Untergang wäre. Man kann fast davon ausgehen, dass, je mehr „meinungsbildende“ Personen ihre (*bezahlte*) Meinung in einem Abstimmungskampf verkünden, desto weniger trifft ihre Voraussage zu.

Was wurde uns 1992 alles prophezeit: Die rapide Entwertung des Schweizer Frankens, der totale Zusammenbruch der Schweizer Wirtschaft, Armut und Arbeitslosigkeit, während die EU zum Höhenflug ansetzen würde und keine Arbeitslosigkeit und keinen Wirtschaftsstillstand kennen würde. Genau das Gegenteil ist eingetroffen. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland erklimmt Rekordwerte und eine Besserung ist nicht in Sicht. In Frankreich und in Italien sieht es nicht viel besser aus. Mit den Einwanderungen aus den Oststaaten mit ihrer grossen Lohndifferenz wird das Problem noch schlimmer.

Schweizer Handwerker, Angestellte oder auch Akademiker, die teilweise schon heute durch Personen aus der westlichen EU ersetzt werden, würden Selbständigerwerbenden aus den Oststaaten Platz machen.

Da helfen auch keine flankierenden Massnahmen: im Gegenteil! Sie gelten nicht für Selbstständige, nur für Angestellte. Aber bereits heute *schon* werden auf Baustellen in Basel 60 Prozent Verstösse gemeldet. Andere Branchen werden gar nicht kontrolliert. Firmen, die ihre alten Angestellten behalten möchten, sind nicht mehr konkurrenzfähig, denn ein „Selbständigerwerbender“ arbeitet billiger. Das gilt auch bei Ausschreibungen, die bei grösseren Projekten zwingend vorgeschrieben sind: Hier macht das billigste Angebot das Rennen. Die Sozialwerke würden durch die massiven Entlassungen, die bevorstehen, zusammenzubrechen.

Ein Ja würde den Mittelstand ruinieren und das heimatlose Proletariat vergrössern. Deswegen sind die Gewerkschaftsbosse und die linken Parteien auch dafür. Es stärkt ihre Macht. Ebenso können Grosskonzerne ihre Löhne senken. Sie werden von den flankierenden Massnahmen kaum tangiert. Im Gegensatz zu dem, was die Befürworter behaupten, hat der Bundesrat vor der Abstimmung zu den Bilateralen I

behauptet, dass ein Beitritt zu den Bilateralen II nicht zwingend sei; jetzt behauptet BR Deiss *in der BaZ* das Gegenteil.

Wer sagt die Wahrheit? Ist ein solcher Bundesrat noch glaubhaft? In Berufen, in denen keine Schweizer Arbeitslosen zu finden sind, könnte man ohne weiteres bilaterale Verträge mit den einzelnen Ländern abschliessen und vorher festgelegte Kontingente in die Schweiz holen. Teilweise gibt es diese Verträge schon. Das wäre eine viel vernünftigeren Politik. Das würde Lohndumping verhindern und flankierende Massnahmen unnötig machen. Ein Ja zur Personenfreizügigkeit würde den Mittelstand und die Sozialwerke ruinieren. *Aus diesen Gründen hat der Vorstand der Schweizerischen Bürger Partei ein NEIN zur Personenfreizügigkeit beschlossen.*

Dr. Alexandra Nogawa

Vizepräsidentin der Schweizerischen Bürger Partei